

Schon entschieden?

Richard Meng

Veränderung ist nötig

Der Bundestagswahlkampf als Weichenstellung

Deutschland steht vor Herausforderungen, über die vor den Wahlen kontrovers geredet werden muss. Es braucht eine neue Balance zwischen immer individuelleren Lebensstilen und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Die ungleicher werdende Vermögensverteilung in der Gesellschaft bei gleichzeitiger Unterfinanzierung des Staates zerstört mehr als nur das Gerechtigkeitsempfinden.

Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin und Beiratsmitglied der NG/FH.



sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Der Einschläferungsversuche gibt es viele. Mal ist es ganz platt der Hinweis, all die Umfragen mit immer denselben veränderungsskeptischen Fragestellungen würden doch sowieso keine Wechselstimmung hergeben. Mal wird etwas intellektueller behauptet, letztlich stünden doch allseits nur kaum unterscheidbare Varianten sozialdemokratischer Politik zur Abstimmung, was immer auch das dann sei. Das Land im Ruhezustand gähnt kurz – und nickt wieder ein? Das kann es nicht gewesen sein. Die Kernherausforderung ist es deshalb, im Bundestagswahlkampf klarzumachen: Es geht um etwas. Um eine Weichenstellung auch für eine lebendige Demokratie und gegen die Gleichgültigkeit.

Es ist kein Zufall, dass der Wahlkampf der Kanzlerin unpolitisch angelegt ist. Viel Personality diesmal, gewohnt wenig Zuspitzung. Endlich werde uns auch mal »die menschliche Seite der Macht« gezeigt, jubelte die Chefredakteurin der Zeitschrift *Bunte* nach Veröffentlichung der Merkel-

Fotos aus den Osterferien. Die Subbotschaft: Alles in Ordnung, im deutschen Schlafwagen ist es gemütlich. Alles, was die rauen Winde von draußen fern hält, ist gut. Wenn dann sogar der *Spiegel* anfängt, überheblich-intellektuelle Bekenntnisse zum Nichtwählen abzudrucken, läuft es doppelt gut für die christdemokratische Schlafwagengesellschaft. Und dass die früher mal so achtungsvollen öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten ihr kreatives Potenzial vorzugsweise in politischer Satire ausleben, ist auch ein Zeichen.

Ein Zeichen für den Zustand von Gesellschaft und Öffentlichkeit ist jeder Wahlkampf. Denn es stimmt ja immer noch: Vor Wahltagen steigt die Aufmerksamkeit fürs Politische, worin auch immer sie sich nun gerade ausdrücken mag. Es wird, wenn man es denn sehen will, mehr als sonst deutlich, welche Erwartungen und welche Verwerfungen es gibt. Wobei letztere oft Menschen betreffen, die nichts mehr erwarten. Weil es ihnen materiell zu gut oder zu schlecht geht. Weil sie bei Veränderungen Nachteile befürchten. Wegen Reichtum oder wegen Armut, beides gibt es.

Nun sind die Herausforderungen an die Politik aber trotzdem da. Auch dann, wenn ein Teil der Gesellschaft sie geringschätzt oder die Augen davor verschließt und ein anderer Teil sich vorwiegend in selbstbespiegelndem Protestbürgertum übt.

Der äußerliche Ruhezustand dieser Gesellschaft mit ihren geradezu zementierten Rollenverteilungen zwischen schweigenden und lautstarken Milieus verdeckt in Wirklichkeit massive Umbrüche, und die Merkelsche Wahlkampfstrategie der Themenruhigstellung vertagt die fälligen Debatten und Weichenstellungen schlimmstenfalls auf die Zeiten nach der Wahl.

Nach vier Jahren schwarz-gelbem Stillstand ist Deutschland in Wahrheit ein Land mit einem großen Reformstau. Das gilt für die Gesellschaftspolitik, in der die reale Vielfalt der Lebensstile längst noch nicht im politischen Regelwerk abgebildet ist und die Sachwalter der traditionellen Werte und Normen noch längst nicht konsequent zurückgedrängt sind. Siehe Erziehungsgeld, Ehegattensplitting, Gleichstellung aller Lebensformen. Die Modernisierung kommt da im Schneckengang und wird immer wieder erkaufte mit parallelen Zugeständnissen an die Gestrigen. Es gilt genauso in den großen sozialen Gerechtigkeitsfragen, vom Mindestlohn über die Generationengerechtigkeit im Sozialsystem bis hin zur gleichen Besteuerung aller Einkommensarten. Und bei den Mieten, was neuerdings besonders in den Städten geradezu ein Symbolthema wurde. Die stärkere Regulierung der Finanzmärkte ist weitgehend Lippenbekenntnis geblieben wie so vieles in den Merkel-Jahren. Spät angetippt und wieder vergessen, sobald die öffentliche Stimmung sich beruhigte.

Politik muss ernsthafter werden

Den Reformstau gibt es letzten Endes also sogar da, wo in den Merkel-Jahren wenigstens phasenweise so getan wurde, als würde regiert. Auch bei Atomausstieg und Energiewende, die in weiten Bereichen nie mehr waren als populistische Proklamation – was jetzt nach und nach zu unauflösbaren Zielkonflikten führt, weil die Weichen eben gerade nicht konsequent umgestellt wur-

den. Und mithin stellt sich längst die Frage, wie ernst das eigentlich gemeint ist, was von der Regierung als politisches Ziel verkündet wurde. Oder ob es sich denn doch um Tagedaktik gehandelt hat, mehr jedenfalls als um wirkliche, strategische Ziele. Mittlerweile wird unionsseitig ja selbst bei Mindestlohn und Mietobergrenzen so getan, als würde man nun endlich handeln wollen. Aber bitte nur ein wenig und in Light-Version. Während man sich eine schwarz-gelbe Koalition wünscht, in der genau das dann wieder dem Kompromiss mit der FDP geopfert werden kann.

Politik müsste, auch darum dreht sich dieser Wahlkampf, dringend ernsthafter daherkommen – weil es eben doch um etwas geht, dem mitunter erweckten anderen Anschein zum Trotz. Das Land steht vor Herausforderungen, über die vor den Wahlen kontrovers geredet werden muss und bei denen es nicht egal ist, wer ab Herbst regiert. Das Land braucht eine neue Balance zwischen immer individuelleren Lebensstilen und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Es braucht eine Verständigung über seine internationale Rolle, wenn nicht neue nationalistische Egoismen die in Jahrzehnten aufgebaute neue Weltoffenheit wieder zerstören sollen. An Europa verdienen und zugleich nach innen Europa zum Sündenbock machen ist eine Politik der Ignoranz, wo echte Solidarität gefragt wäre. Solidarität aber braucht eine gesellschaftliche Basis. Schließlich: Die ungleicher werdende Reichumsverteilung in der Gesellschaft bei gleichzeitiger struktureller Unterfinanzierung des Staates zerstört mehr als nur das Gerechtigkeitsempfinden. Ein zentraler Grund für die fundamentalen Zweifel am Sinn politischen Engagements ist doch gerade die permanente Überforderung des Politischen dadurch, dass die Gesellschaft zwar wachsende Ansprüche formuliert, aber das nötige öffentliche Geld nicht zur Verfügung stellt. Diese Debatte konsequent zu führen ist wahrlich eine Herkulesaufgabe, wie die-

ser Wahlkampf längst zeigt. Kaum sind bei SPD und Grünen moderate Steueranhebungen zum Programm gemacht, wird bis in ehemals linksliberale Medien hinein dem bösen Reflex Raum gegeben. Die einen sind ordnungspolitisch sowieso dagegen und machen nun ihren Interessenwahlkampf der Eigentumsverteidiger. Die anderen mahnen süßsauer, dass dies doch nun ausgesprochen ungeschickt sei und man in Wahlkämpfen doch besser Positives versprechen solle.

Umso schlimmer eine Wahlkampfführung auf Seiten der bisherigen Bundestagskoalition, die solche Grundfragen auszublenken versucht und auf Seiten der Kanzlerin sogar die Chuzpe hat, mit einem Wahlkampf der kleineren sozialen Geschenke zu antworten, damit sich die allgemeine Wohlfühlstimmung bloß nicht verflüchtigt. Indes: Gerade in einer Gesellschaft, in der die Milieus sich auseinanderentwickeln und viele Menschen deswegen nur Teilgesellschaften direkt wahrnehmen, verstärkt so eine oberflächliche Wohlfühl- und Verdrängungspolitik immer weiter den Abstand zwischen gefühlt und realer politischer Herausforderung. Mit gravierenden Folgen, was die Reform- und Solidaritätsfähigkeit der Gesellschaft angeht.

Wohl wahr, dem Land insgesamt geht es von den Rahmendaten her im internationalen Vergleich nicht schlecht. Aber bei zu vielem in Deutschland wird der Verschleiß quasi einkalkuliert – nach dem Motto: Gar so schnell wird die Rechnung schon nicht präsentiert werden. Das reicht, flapsig ausgedrückt, vom Zustand der Infrastruktur bis hin zum sozialen Zusammenhalt. Eine Weile wird es schon noch gut gehen. Aber wer arbeitet heute an einer Erneuerung, die über diese Weile hinaus trägt? Das ist natürlich immer auch die Frage nach der Kraft der Politik, nicht nur an heute zu denken. Je weiter der Verfall einer seriösen politischen Öffentlichkeit fortschreitet, desto stärker dominiert ja auch in der öffentlichen Wahrnehmung alleine dieses Heute.

Es gibt nach den vier Jahren schwarz-gelber Gestaltungspause ein paar wichtige Trends in dieser gegenwartsfixierten Gesellschaft. Das Bewusstsein dafür, was der Staat zu leisten hat, ist wieder deutlicher geworden. Nach zwei Jahrzehnten der Privatisierungsideologie wächst die Unterstützung dafür, dass es einen starken öffentlichen Sektor geben muss, der nicht allein den Marktkräften unterliegt. Man muss das auch als neue Erwartung an das Politische verstehen, selbst wenn gleichzeitig Politik-Bashing die veröffentlichte Wahrnehmung prägt. Als Chance zumindest für neues Selbstbewusstsein der Politik. Als Chance auch, die wichtigen Themen wieder stärker in die Debatte zu bringen. Auch dann, wenn daraus nicht schon hier und jetzt und sofort, sondern erst prozesshaft Veränderungen entstehen, die im realen Leben spürbar sind.

Das ist ausdrücklich kein Plädoyer für einen moralinsauren Themenwahlkampf, der an die Stelle der üblichen medialen Kurzatmigkeit nun wieder langweilige Abstraktionen setzen wollte. Es geht darum, ganz konkret zu beweisen, dass Veränderung sich lohnt und dass sie nötig ist. Um die gesellschaftliche Vielfalt zu stärken gegen den Dominanzanspruch derer, die sich immer noch als Sachwalter einer Mehrheitsgesellschaft verstehen, die es so nicht mehr gibt. Um Egoismus nicht weiter wachsen zu lassen, sei es individuell wie zwischenstaatlich. Um aus dieser elenden Spirale der Reformangst herauszukommen, die auch daher kommt, dass jahrzehntelang aus anfangs plausiblen Impulsen am Ende bloß noch soziale Einschnitte wurden. Wegen der allgemeinen Unterfinanzierung der öffentlichen Aufgaben, die Politik immer mehr zu einem Kampf aller gegen alle machte und auch deshalb so dringend beendet werden muss.

Die erste Hälfte des Wahljahres 2013 war in dieser Hinsicht nicht unbedingt ermutigend. Die Wegtauch-Strategie der Kanzlerin hat einigermassen funktioniert. Vor

allem deshalb, weil die demoskopiegetriebene Wahrnehmung immer die Ausgangsthese produzierte, Rot-Grün sei ohnehin nicht in Schlagdistanz. Wie billig: Kaum ein Interview gab es da, in dem Sachargumenten am Ende nicht Umfragedaten entgegengehalten wurden. Aber wenn all die oberflächlichen Umfragedaten eines belegen, dann doch auch die inhaltliche Unzufriedenheit einer Mehrheit selbst mit den wenigen politischen Akzenten der bisherigen schwarz-gelben Mehrheit. Daran anzuknüpfen und aus Kritik Veränderungshoffnung zu machen: Das muss der Ansatz sein.

Und es geht im Wahlkampf, wie immer, auch um die Standortbestimmung der politischen Kultur. Da ist es nicht zuletzt einer der zentralen Maßstäbe, ob es gelingt, den Trend hin zu Protestparteien zu brechen. Sowohl eher links (Piraten) also auch eher rechts (AfD) gibt es aktuell Angebote. Zumindest teilweise muss man auch Linkspartei und FDP (erstere im Westen, Letz-

tere in ihrer marktliberalen Kernklientel) in diesem Zusammenhang sehen. Es geht, wie immer, um die Bindungskraft des Parteiensystems. Was aber – anders als oft behauptet – nicht allein eine Frage nach Erfolg oder Versagen der seriösen Parteien ist, sondern auch eine Frage nach Politikfähigkeit und -bereitschaft der Gesellschaft insgesamt.

Das bedeutet: Da ist nicht nur eine Bringschuld, die man alleine den Parteien und ihren Wahlkampfprofis aufladen könnte. Da ist die Chance zur staatsbürgerlichen Einmischung, zur realen Partizipation, die sonst doch eher nur von Minderheiten lautstark eingefordert wird. Wahlkämpfe sollten insofern nicht zuerst aus Sicht des Parteiensystems als Chance verstanden werden, sondern aus Sicht der Gesellschaft insgesamt. Aus der Sicht derer, die hier und nur hier direkt und unmittelbar ihren unterschiedlichen Interessen Gewicht geben können. Sie sollten es tun. ■

Marika Höhn

Gegen die Anarchie des freien Marktes

Die Politik muss die Tarifbindung stärken

Die Tarifautonomie ist in den letzten Jahren schleichend unterhöhlt worden, weil sich das Machtgefüge zugunsten der Arbeitgeber verschoben hat. Dies hat nicht nur zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt: Bedroht sind auch die Demokratie und die Stabilität der Gesellschaft.

Deutschland ist nicht nur Exportweltmeister und Wirtschaftsboomer, sondern liegt auch bei den Niedriglöhnen im europäischen Vergleich weit vorn. Mehr als 22 % der Beschäftigten müssen mit einem Niedriglohn auskommen, der deutlich unterhalb von 8,50 Euro je Stunde liegt, zu einem großen Anteil sogar unterhalb von 5,00 Euro je Stunde. Besonders betroffen sind Menschen in so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen



Marika Höhn

(*1971) ist Juristin und Referatsleiterin beim DGB-Bundesvorstand, Abteilung Grundsatz- und Gesellschaftspolitik.

marika.hoehn@dgb.de

wie Minijobs oder Leiharbeit und Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifbindung.